

Mandatsbedingungen

Sehr geehrte Mandantin,
sehr geehrter Mandant,

wir freuen uns über das in unsere Kanzlei entgegengebrachte Vertrauen. Um Ihr Mandat schnell und effektiv bearbeiten zu können, bitten wir Sie vorab um einige Angaben:

Auftraggeber

Name:
geb. am/in:
Anschrift:
Telefon: Fax:
Mobil: E-Mail:

Bankverbindung (für Auszahlung von Fremdgeldern/Erstattungen)

IBAN: Institut:

vorsteuerabzugsberechtigt:

Rechtsschutzversicherung: Vers-Nr.:

Fragen Sie uns, falls erforderlich, nach Beratungs- oder Prozesskostenhilfe.

Gegenstand des Mandats:

Name der Gegenpartei:

Anschrift:

Telefon: Mobil:

Bankverbindung

IBAN: Institut:

Belehrung / Schweigepflicht

Ich bin durch KTP – Rechtsanwälte darauf hingewiesen worden, dass sich die für die anwaltliche Tätigkeit anfallenden Gebühren regelmäßig nach dem Gegenstandswert berechnen, soweit nicht nach dem Rechtsanwaltsvergütungsgesetz (RVG) etwas anderes bestimmt ist oder eine gesonderte Vereinbarung getroffen wurde. Ich wurde darauf hingewiesen, dass ich im Falle einer Ablehnung der Deckungszusage durch meine Rechtsschutzversicherung anfallende Gebühren entsprechend dem RVG selbst zu tragen habe. Ferner wurde ich darauf aufmerksam gemacht, dass der Erstattungsumfang der Anwaltsgebühren meiner Rechtsschutzversicherung nach deren Allgemeinen Rechtsschutzversicherungs-Bedingungen beschränkt sein kann.

Ich wurde darauf hingewiesen, dass KTP-Rechtsanwälte die Möglichkeit der Antragstellung auf Aufhebung der gerichtlichen Beratungshilfebewilligung haben und die Bewilligung entsprechend aufgehoben werden kann. KTP-Rechtsanwälte können in diesem Fall von mir die gesetzliche Vergütung nach den Vorschriften des RVG verlangen, wenn ich aufgrund der Beratung oder Vertretung, für die mir Beratungshilfe bewilligt wurde, etwas erlangt habe und aufgrund des Erlangten die persönlichen oder wirtschaftlichen Verhältnisse für die Beratungshilfe nicht mehr erfüllt sind. Der Antrag ist ausgeschlossen, wenn die Beratungsperson die Beratungshilfevergütung nach § 44 S. 1 RVG beantragt hat, sowie, wenn seit der Bewilligung mehr als ein Jahr vergangen ist.

Ich/wir erkläre/n die Entbindung des beauftragten Rechtsanwalts von der Schweigepflicht gegenüber den anderen Rechtsanwälten und dem Büropersonal im Hinblick auf die gemeinschaftliche Büroausübung und -organisation.

.....
Ort, Datum

.....
Unterschrift